



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

574 (12.12.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-206897](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-206897)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus ...
Einzelpreis: 20 Pf. ...
Telegraphische Adressen: ...

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: Bei Vorauszahlung die Nr. 10. ...
Einzelpreis: 20 Pf. ...
Telegraphische Adressen: ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Nach dem Abbruch der Konferenz

Poincarés Handlungsfreiheit

Alle heute mittag aus England eintreffenden Nachrichten bestätigen immer mehr, daß Frankreich anscheinend zur Befreiung des Ruhrgebietes fest entschlossen ist. So spricht der „Manchester Guardian“ bereits von einem toten Punkt, auf den die englisch-französischen Verhandlungen gelangt seien, und erklärt weiter, es bestehe kein Zweifel, daß die Franzosen fest entschlossen seien, sollte es was es wolle, das Ruhrgebiet zu besetzen. Dies geht schon daraus hervor, daß Poincaré einen Kompromißvorschlag Bonar Law's, wonach die deutsche Regierung eine Summe von 500 Millionen Goldmark bei der Reparationskommission als Sicherheit während des Moratoriums deponieren sollte, glattweg abgelehnt hat. Auch ein Vorschlag Mussolinis, daß sich Frankreich mit der Kontrolle der deutschen fiskalischen Bergwerke und Wälder begnügen sollte, sei von Poincaré abgelehnt worden.

In einer Unterredung, die Poincaré mit französischen Journalisten hatte, bekräftigte der französische Ministerpräsident die einstimmige Ablehnung der deutschen Vorschläge durch die Alliierten und führte dann weiter aus: Diese Einmütigkeit ist eine sehr ermutigende Feststellung. In der Schuldenfrage ist ein großer Schritt vorwärts getan, da Bonar Law die Versicherung gab, daß die Angelegenheit auch ohne America erörtert werden solle. Die Pfänderfrage wurde nicht erörtert. Dies soll Anfang Januar in Paris geschehen. Ich weiß nicht, ob der französische Standpunkt angenommen werden wird. Mein Eindruck geht dahin, daß in ihrer gegenwärtigen Form die Pfänder wenig Aussicht haben, angenommen zu werden, aber ich behalte mir für Frankreich volle Handlungsfreiheit vor. Wenn ein Einvernehmen nicht zustande kommt, so würde die Feststellung der Uneinigkeit den Bruch der Entente aber noch nicht nach sich ziehen.

Der Standpunkt Mussolinis ist dem „Manchester Guardian“ zufolge der, daß wenn England bereit sei, die von seinen Alliierten ihm geschuldeten Beträge nicht mehr zu erwähnen, Italien England dann starke Unterstützung zuteil werden lassen würde, besonders zur Wiederherstellung des deutschen Kredit. Im anderen Falle werde aber Italien sich verpflichtet fühlen, Frankreich zu unterstützen, d. h. ihm freie Hand zu gewähren, wenn es in der Reparationsfrage zu eigenen Schritten greifen würde.

Ein mageres „Ergebnis“

Nach einer Reutermeldung erklärte italienische Abgeordnete, die Konferenz sei allseitig mit dem größten Entgegenkommen geführt worden. Es seien wirklich Aufstrebungen gemacht worden, um ein Einvernehmen zu formulieren, das die vollkommene Einigkeit der Alliierten sicherstelle und Deutschland alle Reparationen abteilt. Dies sei nach Ansicht der Sachverständigen die beste Lösung, die die Konferenz nicht gelungen, eine Übereinstimmung zu erzielen infolge der Tatsache, daß der Reparationsplan ernste Folgen nach sich ziehen würde, sobald es notwendig sei, den Plan erst zu erörtern.

Der Sonderberichterstatter des „Paris Herald“ schreibt, nach einem glücklichen Beginn der Konferenz gebe sie mit einem negativen Ergebnis zu Ende. Er sei wenig berechtigt, von einem Erfolg zu sprechen. Der Berichterstatter glaubt, daß die Auseinandersetzung ungenügend vorbereitet gewesen sei. Man müsse aber anerkennen, daß Bonar Law den französischen Plan wenigstens eine Woche vor der Beratung vorgelegt habe, und daß dann unglücklicherweise seinem Wunsch nicht Folge geleistet worden sei. Der Berichterstatter will glauben machen, es sei noch nicht bewiesen, daß ein unerwarteter Gegenstand zwischen den beiden Anscheinungen bestünde und er glaubt, daß doch gewisse Formeln und Kompromisse ins Auge gefaßt werden können. Damit meint der Berichterstatter die Befreiung des Ruhrgebietes nach einer gewissen Zeit oder gewisse Maßnahmen, die vielleicht die Alliierten sofort hätten durchführen können. Englischer, wie belgischer und italienischer Seite gebe man zu, daß die neuen deutschen Vorschläge fast ebenso ungenügend seien wie die vorangegangenen und daß der Augenblick gekommen sei, die Form zu wechseln, um Deutschland zur Ausführung zu zwingen.

„Versachlichung der Arbeit“

Eine Rede des Kanzlers im Reichswirtschaftsrat

Berlin, 12. Dez. (Von uns. Berl. Büro.) Am neuen Parlamentsgebäude in der Bellevuestraße hielt heute vormittag der Reichswirtschaftsrat seine feierliche Eröffnungssitzung ab, der u. a. auch der Reichskanzler Herr Dr. Cuno teilnahm. Reichskanzler Dr. Cuno übernahm das Haus seiner Bestimmung mit einer längeren Rede, in der er zunächst auf das bisherige Wirken des Reichswirtschaftsrats einging. Er gedachte dann besonders zweier Männer, die nicht mehr in der Mitte der Beratsamlung weilen, Legiens und Rathenous, die er als Männer des Auslands feierte. Der Reichskanzler fuhr dann fort:

„Niemand zuvor ist es so darauf angekommen, alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen, wie im gegenwärtigen Augenblick, da es sich um die endgültige Lösung wichtigster Probleme handelt. Besonders der Ausgleich der Gegensätze im Innern tut not. Der Reichswirtschaftsrat hat den Weg der Versachlichung der Arbeit eingeschlagen. Sein Ziel trifft in der Beziehung mit denen zusammen, die das neue Kabinett zu seinem Programm erhoben hat.“

Der Kanzler ging dann näher auf das Verhalten der Wirtschaftskreise zur Regierung ein. Die Regierung könne und wolle der Unterstützung dieser Wirtschaftskreise nicht entbehren. Zusammen müsse man nach der Lösung der großen Frage suchen, die uns jetzt mehr denn je beschäftigt. Der Reichskanzler streifte dann in diesem Zusammenhang auch das

Reparationsproblem.

Es wolle nicht auf Einzelheiten der schwebenden Verhandlungen zurückkommen. Als Grundgedanken hob er hervor, nur aktive und vorsichtige Mitarbeit könne uns zum Heil werden. Falls wäre es, diese Aufgaben in andere Hände zu legen als

Die französischen Rheinlandpläne

„Kein Teil Deutschlands ist deutscher gesinnt“

Ueber die französischen Rheinlandpläne schreibt „L'Éclair“ in Paris, deren Urteil über das Rheinland für das gesamte Ausland von besonderem Interesse sein dürfte. Bis heute hat Frankreich die doppelte Politik verfolgt, Deutschland zu schwächen und aus Deutschland Reichtümer herauszuholen. Wenn die zweite Methode nichts einbringt, dann ist das für Frankreich ein Grund mehr, die erste Methode ins Endlose zu verfolgen. Es ist daher möglich, daß die französische Regierung nunmehr fest entschlossen ist, ihre offenen Ziele zu verwirklichen, d. h. ihre Grenzen bis zum Rheine vorzuschieben und die heutige Befreiung wenn nicht in eine nominelle, so doch in eine virtuelle Annexion zu verwandeln. Frankreich kann ferner mit der Befreiung des Ruhrgebietes drohen. Wenn nun ein weiterer Schritt den französischen Industriellen auch interessante Aussichten eröffnet, so ist dieser Schritt doch wahrlich nicht vergeblich. Im Gegensatz zu den für das Rheinland ins Auge gefassten Maßnahmen ist die Befreiung des Ruhrgebietes eine bedeutende militärische Operation, die mit der traditionellen französischen Politik nichts zu tun hat. Sie wäre nur eine einfache Demonstration, also ein Fehler. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde ferner ganz Europa in das Chaos stürzen und es rasch in eine unheilvolle Lage bringen, während an der derzeitigen Befreiung des Rheinlandes einige politische Veränderungen in einer Weise vorgenommen werden könnten, daß für den Augenblick jede grundlegende Veränderung der bestehenden Lage vermieden würde. Nichts desto weniger wäre, wenn Frankreich sich der Rheinprovinzen bemächtigen sollte, diese Maßnahme für es selbst, für Europa und für die Zukunft des Friedens verhängnisvoll. Die ganze Welt einschließlich Deutschland würde sofort, sei es durch Proteste, sei es durch Drohungen, Frankreich davon abzubringen suchen, eine derartig gefährliche Lage in Europa zu schaffen. Das Rheinland hat eine Bevölkerung von 8 500 000 Seelen. Kein Teil des Reiches ist deutscher gesinnt. Frankreich hat 40 Millionen Einwohner. Welcher Wahnsinn anzunehmen, Frankreich könne durch Einverleibung dieser fremden Gebiete in sein Verwaltungsgebiet seine Sicherheit vermehren!

Die Gewerkschaften gegen Versailles

Im Sitzungssaal des Reichstags, an der gleichen Stelle, an der vor wenigen Tagen die große Kundgebung gegen die Rheinlandpläne der Franzosen vor sich gegangen ist, hatten Montag abend die Gewerkschaften zum Protest gegen den Friedensvertrag die Massen aufgebildet. Reichsminister a. D. Wiesel eröffnete und leitete die Verlesung. Nach kurzen Begrüßungsworten, in denen er an die wirtschaftliche Not der Zeit anknüpfte, kennzeichnete der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes das Friedensabkommen als ein Mittel zur Fortführung des Krieges. Welche Verhältnisse hinter Dr. Wierchs Worten: „Erst Brot, dann Reparationen“. Was heute von uns verlangt wird, sei Justizhausarbeit schlimmster Sorte.

Ueber den Zusammenbruch der deutschen Sozialpolitik ließ sich Schneider vom Gewerkschaftsrat vernehmen. Er kritisierte insbesondere die Tätigkeit des Völkerbundes, der in den drei Jahren seines Bestehens noch nichts getan hat, um sein hochschöndes Programm auch nur zu einem kleinen Teil zu verwirklichen. Der 8. Stundentag sowie die Sozialversicherungen seien aufs schmerzlichste gefährdet. Am wirksamsten sprach Walter aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Er schilderte den langsamen Untergang der deutschen Kultur und den Verfall der deutschen Wissenschaft, das Fehlen der geistigen Arbeiter und die schlimmen Folgen von dem: Der deutsche Arbeitnehmer könne sich keinen Kunstgenuss mehr leisten. Der Redner gab der grimmigen Erbitterung der Arbeiterchaft darüber Ausdruck, daß alle Erfüllungsbefreiungen Deutschlands sich bisher als vergeblich erwiesen haben und er hob mit Nachdruck hervor, daß neun Zehntel des deutschen Volkes hinter der rote vom 13. November ständen. Mit bemerkenswerter Schärfe wandte er sich gegen das uns abgepreßte Zugeständnis von Deutschlands Mißschuld. Dann legte noch ein von der Afa die Wirkung des Versailles Vertrags auf die Weltwirtschaft unter Hinzuziehung eines prägnanten Zahlenmaterials dar. Sämtliche Reden waren von starkem nationalem Schwung getragen.

Zum Schluß gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Revision des Versailles Vertrags gefordert wurde. Wüstentritte umrahmten die Kundgebung Himmelsvoll.

in die der berufenen Leiter des Reichs. Wir haben diese Aufgabe zu erfüllen geglaubt, indem wir einen positiven Vorschlag, der der Vorarbeit einer endgültigen Lösung sein sollte, überreichten. Dieser Vorschlag ist aufgebaut auf dem Gedanken, daß es der Zusammenfassung der inneren Kräfte genau so bedarf, wie der Vertretung des Auslands.“ Der Reichskanzler sprach dann sein Bedauern darüber aus, daß ein so ernster Plan nicht die Beachtung gefunden habe, daß man den Weg zu gemeinsamen Verhandlungen einschlug, auf dem allein die endgültige Lösung gefunden werden könne. Dr. Cuno richtete dann einen Appell zur gemeinsamen Arbeit zwischen Regierung und Volk. Es müsse die Einheit des Reichs gewahrt werden. Er ging ferner auf die Beziehungen in Zentraluropa ein und betonte, daß kein Staat die Befreiung der Wirtschaft mißachten dürfe. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß aus der Arbeit dieses Hauses dem Volk Segen erwachsen möge.

Nach Dr. Cuno nahm der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats zu einer längeren Ansprache das Wort.

Der Arbeitsplan des Reichstags

Berlin, 12. Dez. (Von uns. Berliner Büro.) Der Reichstagsrat des Reichstags konnte heute über den Beginn der Reichstagspause noch keinen endgültigen Beschluß fassen. Es herrscht nur der Wunsch vor, daß die Plenarsitzungen möglicherweise am Samstag unterbrochen werden. Der endgültige Vertagungstermin hängt jedoch davon ab, welche Nachrichten Staatssekretär Bergmann von Paris nach Berlin bringen wird. Erst dann läßt sich entscheiden, ob nach der Weihnacht eine Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten stattfinden wird. Ebenso unbestimmt ist es, ob noch in eine Debatte über die Lebensmittelversorgung eingetreten werden soll. Bisher ist nur bestimmt, daß in dieser Woche eine Reihe kleinerer Gesetze und die Nachtragsetats und die Interpellationen über die Einhaltung der Feiertage erledigt werden soll.

Wer bestimmt den Kurs Frankreichs?

Einige weise Schriftgelehrte in Berlin zerbrechen sich bereits die Köpfe, ob die Unterbrechung der Londoner Verhandlungen von schlimmen Folgen für Deutschland begleitet sein wird oder nicht. Wie es scheint, übersteht man aber dabei, daß die Fortsetzung der noch dreiwöchigen Beratungen so jäh unterbrochenen Verhandlungen nur durch die Rücksichtlosigkeit Englands und der übrigen Alliierten gegen die französischen Beschlüsse hätte erkauft werden können. Freilich darf man wohl auch annehmen, daß über die deutschen Vorschläge, wie sie in dem Brief Cunos an Bonar Law enthalten sind, von vornherein kein so schlimmes Urteil gesprochen worden wäre, wenn man mehr Zeit zum Studium und zur Nachprüfung gehabt hätte. So wurde aber ihr Schicksal gleichzeitig mit dem der Konferenz entschieden, und dem allseitigen Bestreben, so rasch wie möglich auseinander zu kommen, um nicht auseinander zu brechen, fiel, auch das Reparationsprogramm Cunos zum Opfer.

So geht es also den hohen Ententemächten diesmal wieder wie damals in Cannes und bis zu einem gewissen Grade wie in Genoa, die Sabotage der Franzosen an der politischen und wirtschaftlichen Vernunft die damals schon von England betriebene Heilung Europas hintertrieb. Abermals ist es Frankreich, oder richtiger gesagt das Frankreich Poincarés, das unbelümmert und unbehindert durch Vernunftsgründe wie auch einträglichen Beschwerden — man denke an den Vetteritel Lloyd Georges oder die Rede Harveys — das Auseinandergehen dieser Konferenz auf seine Solange zu buchen hat.

Wenn auch heute noch das Wort Seunans aus seinem „Spaziergang nach Socrates“ zu Recht besteht: „Fast sollte man glauben, die Franzosen seien zur Despotie gemacht, so kommen sie überall ihr entgegen.“ So drängt sich doch immer wieder von neuem die Frage auf, welche irdischen schwerwiegenden Gründe Frankreich zu diesem von der ganzen Welt verurteilten starrsinnigen Festhalten am Buchstaben und zu dem allmählich widerwärtigen Poß auf „Recht und Gerechtigkeit“ veranlassen. Die Antwort, die die Vernunftsgründe der französischen Politik, aus der Höhe oder aus Rosseneigentümlichkeiten der Franzosen zu erklären sucht, wäre oberflächlich, wenn sie sich nur auf diese Gründe allein stützte. Man muß tiefer schürfen. Welche Personen oder welche Weisheit von Personen, welche Organisationen oder Wirtschaftsformen, welche politischen Parteien sind es, die den Kurs Frankreichs bestimmen? Was an dieser Stelle schon wiederholt betont wurde, wird an einem Tage von zwei von einander unabhängigen Seiten bestätigt. Der „Newport Herald“ und die „Ére Nouvelle“ werden übereinstimmend darauf hin, daß in dem Kabinett und Getriebe der französischen Außenpolitik die Industrie und Erziehung zugleich die französische Großindustrie, im besonderen die Rauten- und Textilindustrie seien. Geht man den Dingen noch mehr auf den Grund, so kommt man allerdings zu dem Schluß, daß Poincaré trotz der scheinbaren Emotivität nichts weiter ist als der Gefangene eben dieser Großindustrie, die sich des von ihr abhängigen Ministerpräsidenten bedient, um sich nahezu die Alleinherrschaft im Innern zu sichern und unabhängig bestrebt ist, das Gemeinwohl im Dienste ihres auslandlichen Weibewerbs und besonders auch ihrer Ausdehnungsbestrebungen aufs Spiel zu setzen.

Es ist wirklich kein Zufall, daß die Vorsitzenden oder sonstigen Geschäftsführer der verschiedenen Komitees (Comité des Jorges, Comité des houquiers Saint Gobain und Banque de l'Union Parisienne) zeitweilig hohe Posten in der Politik oder Diplomatie innehaben oder bekleideten. Namentlich ist dies bei dem Eisenkomitee der Fall, das eine ganz besondere Kohlenpolitik betreibt. Die Saarproben sollten ursprünglich der Eisenindustrie im Norden und Osten Frankreichs dienen. Da sich aber die Saarkohle für den französischen Hochofen- und Gießereibetrieb als völlig ungeeignet erwiesen hat, ist der Bezug der Ruhrkohle lebensnotwendig für die gesamte französische Eisenindustrie. Dies zeigt sich auch schon darin, daß das geringste Abnehmen der Ruhrkohlenlieferungen teilweise Stilllegungen der französischen Hochöfen im Norden und in Lothringen unmittelbar zur Folge hatte. Außerdem hängt der Kohlenpreis in ganz Frankreich von den Leistungen der teerhaltigen Ruhrkohle auf Entschärfungsorten, also im großen und ganzen vom deutschen Inlandspreis ab. Infolgedessen ist die französische Industrie allen Schwankungen im Ruhrgebiet, also auch allen sozialen Bewegungen, und was in der Zeit des Ruhrsturzes ganz besonders bemerkenswert ist, jeder Marktschwankung, durch die die Ruhrkohlen verteuert werden könnten, ausgeliefert.

Daraus ergibt sich einfach und klar: Wichtiger als jegliche Befreiung der Ruhr ist der französischen Schwerindustrie der geordnete Bezug der Ruhrkohle, die nach ihrer Ansicht am besten dadurch gelöst wird, wenn Frankreich militärisch die Hand auf das Ruhrkohlengebiet legt. Dazu gehört natürlich ferner eine ungehinderte und unbegrenzte Befreiung des Rheinlands, das außerdem noch durch eine innere Zolllinie von Deutschland getrennt werden soll. Abgesehen von den Folgen für die französische Industrie selbst wäre eine solche Herrschaft für die gesamte deutsche Industrie geradezu katastrophal, weil die französische Verwaltung es durchaus in der Hand hätte, durch willkürliche Zuteilung von Kohle oder Koks die deutsche Industrie nach Belieben zu beherrschen. Um diese industrielle Raubtierwirtschaft — die nach den süßesten Vätern der französischen Wirtschaftsführer nicht nur im Westen, sondern auch im Osten und in Polen und der Tschecho-Slowakei betrieben wird, um Deutschland alleinig zu erdrücken — zu stützen und zu schützen, steht das französische Heer mit einer größeren Anzahl in den Rheinlanden als sie je die deutschen Garnisonen im Frieden aufgemessen haben.

Wenn es richtig ist, wie der „Newport Herald“ behauptet, daß die französischen Militärs sich gegen eine Erweiterung und Verbreiterung der Besatzungszone ausgesprochen haben, so bleibt eben nur noch der Schluß übrig, daß Poincaré aus Abhängigkeitsgründen, die sich im einzelnen vor hier aus näher erkennen lassen, gezwungen ist, die Politik zu treiben, deren schmutzige Stationen Cannes, Genoa und London sind. Deutschland mag tun und lassen, was es will, stets wird Frankreich daraus das berühmte „management volontaire“ herauskonstruieren, das ihm das Sprungbrett hergeben muß für die Verwirklichung der Pläne der französischen Großindustrie.

Wie anerkanntenswerter Offenheit haben die englischen Staatsmänner und die englische Presse gegen den starken Anlegensmilieu der Franzosen angeknüpft. Wenn auch die Entscheidung erst nach dem 15. Januar fällig ist, so bleibt freilich bis dahin noch eine lange Frist, um umzuwahlen. Denn noch nicht ist über die Lage des Orients entschieden. Das diplomatische Parteien wird lediglich von London nach Lausanne geschwieft. Englischer Anstanz, englischer „fair play“, englische Sympathien spielen zu spielen, wenn es sich um Erze, Baumwolle oder Petroleum handelt. Wie einst über das Schicksal Oberschlesiens auf den Schlachtfeldern Kleinasiens entschieden wurde, fällt diesmal in Lausanne die Entscheidung über Deutschland und vielleicht über Europas Zukunft, je nach dem Gang der Dinge im Orient.

Deshalb wird das Londoner Zwischenspiel für Deutschland auf alle Fälle von Nachteil sein. Die eheliche, großangelegte Aktion Dr. Gumpo ist zum mindesten um ihre nächste Wirkung gebracht. Die überlebende Einheit ist ein isoliertes Vorgehen Frankreichs können von Tag zu Tag, je länger je mehr erlahmen und der wunderbare Kompromißvorschlag der Belgier von der „elastischen“ Befehung zeigt den Ausweg, auf dem sich schließlich alle Beteiligten einigen werden, wobei allerdings das eine zu bemerken ist, daß die „Elastizität“ einer von den Franzosen vorgenommenen weiteren Befehung deutschen Landes höchstens darin bestehen wird, daß die Zahl der Truppen und der Verwaltungsbeamten ständig erhöht werden wird. In ein Zurückweichen, oder gar Zurückgeben denkt man in Frankreich niemals.

In London liegt der Gewalttätigkeit, binnen einem Menschenalter verlehre sich, was einst Bismarck in seinen Tischgesprächen über die Politik Frankreichs und Englands gesagt hat: „Frankreichs Politik ist zu Zeiten nicht sehr wahrheitsgemäß in ihren Mitteln gewesen. Kamenlich schwächeren Völkern im Ausland gegenüber ist sie ebenso grausam und brutal verfahren, wie die englische, Gewalttaten und Ueberlistung sind ebenso vorgekommen, wie im englischen Regime, aber das Maß von Heuchelei und Verleumdung, wie es der englischen Politik häufig eigen ist, ist doch an ihr nicht nachzuweisen.“ Heute würde Bismarck die Begriffe England und Frankreich vertauschen und damit ins Schwarze treffen.

Eine Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten

Einheitsfront aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten

Am Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags gab Montag nachmittag Ministerpräsident v. Kuntze in einer längeren Erklärung den Standpunkt der bayerischen Regierung bekannt, wie er von ihr bei der Reichsregierung in der Angelegenheit des Sühnevertrages der Entente gegenüber den Säulen Ingalstadt und Vella zum Ausdruck gebracht wurde. Der Ministerpräsident erklärte u. a.: Keine bayerische Behörde hat sich einer Erklärung der Bestimmungen des Friedensvertrages schuldig gemacht. Damit erfüllen alle Ansprüche, die auf die behaupteten Vertragsverletzungen gestellt werden. Die bayerische Staatsregierung war daher nicht in der Lage, die verlangte Sühneleistung auf sich zu nehmen. Das bedeutet nicht, daß die bayerische Regierung die Verformung irgendwie entschuldigen oder decken wollte; sie bedenken ein schweres Unrecht der Täter, das die bayerische Regierung auf das heftigste durchzuführen und für strenge Bestrafung der Schuldigen Sorge tragen. Sie ist bereit, den Schaden zu ersetzen, der den beiden Kontrollkommissionen durch das Verhalten ihrer Bevölkerung erwachsen ist. Darüber hinaus aber muß sie jedes Schuldkenntnis für sich und die ihr unterstellten Behörden von sich weisen.

In dieser Auffassung ist das ganze bayerische Volk in allen seinen Schichten, ohne Unterschied der Parteien einig. Die bayerische Regierung hat den Wunsch, es möchten ähnliche Vorkommnisse in der Zukunft auf alle Fälle vermieden werden; sie warnt eindringlich vor solchem Beginnen, das nur Schaden kann. Sie vertraut dabei auf die Befonnenheit der Bevölkerung. Sie darf jedoch auf der andern Seite nicht unterlassen, mit aller Dringlichkeit darauf hinzuwirken, daß der Boden, auf dem solche bedauerlichen Vorkommnisse erwachsen, die Erbitterung des durch den Friedensvertrag entstandenen bayerischen Volkes ist, die Erbitterung über die unannehmerliche Behandlung, der es von den alliierten Mächten fortgesetzt ausgeht ist. Ich muß aber auch auf ein anderes hinweisen. Wenn man sich daran erinnert, wie oft die deutsche Regierung sich schon über schwere

Unstäten und Uebergriffe der Besatzungstruppen

zu beklagen hatte und wie sich die alliierten Regierungen den Klagen gegenüber verhalten haben, mit welcher Entschädigung, insbesondere selbst in dem Falle der Lösung deutscher Staatsbürger ihre Interessen abgefunden wurden, so ergibt sich ein jedes Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht geschlagener Unterdrückung des rechtlichen Rechts, das nachdem es sich um Angehörige des besetzten Deutschlands oder der besetzten alliierten Mächte handelt. Der Ministerpräsident wies dann noch auf die Drohung hin, wann die Alliierten für ihre Anarchieforderung sich in der besetzten Pfalz befriedigen würden. Schon gegen die bloße Ankündigung eines solchen Vorgehens müsse die bayerische Regierung die allerhöchste Verwahrung einlegen. Die Reichsregierung habe den Standpunkt der bayerischen Regierung gewürdigt und hat ihm im wesentlichen angeklungen.

Die entscheidenden Stellen der Regierungserklärung wurden von der geschlossenen Mehrheit des Ausschusses von rechts bis links mit einem mütigen Beifall anerkannt. Kamenlich die auf die Pfalz und ihre Zugehörigkeit zu Bayern und dem Reich bezüglichen Stellen fanden harten Widerstand. In den Erklärungen

der Parteien kam die Billigung des Standpunktes der Staatsregierung einmütig zum Ausdruck. Die Ultimatoforderungen wurden ebenso einmütig als unannehmlich abgelehnt. Gleich einmütig wählten sich sämtliche Redner gegen alle Verläufe Zwietracht zwischen Bayern und der Pfalz oder zwischen Bayern und dem Reich zu sein. Es wurde betont, daß keine Partei sich in der Treue zum Reich und in der Treue zu den Volksgenossen in den besetzten Gebieten wandeln lassen wird. Uebereinstimmung herrscht auch darüber, daß die Reichsregierung aus hohen nationalen Gesichtspunkten heraus sich zu der weitgehenden Erfüllung der Forderungen der Besatzungstruppen veranlaßt sah, und daß mit dieser Erfüllung

keinerlei Rechtsanspruch der Entente anerkannt wurde. Lediglich der kommunistische Abg. Kenderi brachte in die geschlossene Einheitsfront einen Nihilismus, dadurch, daß er ausföhre, die bayerische Regierung habe die nationalpolitische Höhe, die zu den Vorkäufen geführt habe, begünstigt und gelidert. Der Ausschussvorsitzende Abg. Held wandte sich in schärfster Weise gegen diese Ausföhren und stellte unter größter Entzückung des Ausschusses fest, daß es den Kommunisten vorbehalten blieb in einem der furchtbaren Augenblicke des Vaterlandes das deutsche Volk erneut verraten zu haben.

Der Papst und die Weltlage

Nach einer Stefanmeldung hieß der Papst ein geheimes Konsistorium ab. Dabei machte er sich in einer Ansprache der Einspruch Benediktus XV. zu eigen, damit bei der bevorstehenden Lösung der das Heilige Land betreffenden Fragen die Rechte der Katholiken und aller anderen Christen der Welt gewahrt würden. Von der beklagenswerten Lage anderer Länder des Ostens sprechend, wies der Papst auf die Unterdrückungen hin, die der heilige Stuhl ihnen zufommen ließ. Er betonte, sein Herz werde nicht weniger durch den Gedanken an das unglückliche russische Volk erschüttert und lagte, er habe nichts unterlassen, um das Wert seines Vorgängers fortzuführen und zu erweitern. Ferner gedachte der Papst der Ermahnungen, die er an die Vorkämpfer der in Genus verammelten Mächte gerichtet, und in denen er sie aufgefordert habe, der traurigen Lage zu gedenken, in der sich die Völker befinden und auf Abhilfe zu wirken. Der Papst richtete die gleichen Ermahnungen an die demnächst zur Brüsseler Konferenz zusammen tretenden Abgeordneten, indem er hinzusetzte, sie möchten die Gründe der Bitterheit durch diejenigen der Charitas mildern. Zum Schluß erklärte er, er werde das Wert seiner beiden Vorgänger fortsetzen und ihre Devise in folgendem Wahspruch zusammenfassen: Pax Christi in regno Christi. Daraus erkannte der Papst acht neue Kardinäle, darunter den deutschen Jesuiten Ehrle.

Deutsches Reich Die neuen Steuerungsveränderungen

Am Montag begannen im Reichswirtschaftsamt die Verhandlungen über die Erhöhung der Steuerungsansprüche für Beamte und Staatsarbeiter. Laut „Vorwärts“ wurde vereinbart, daß die Zuschläge mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember gewährt werden und daß sie am 1. Januar zur Auszahlung gelangen.

Abgelehnte Auslieferung. Die Reichsregierung lehnte die Auslieferung des an dem Wolländer Bombenattentat beteiligten Italiens Ghessi ab, die von der italienischen Regierung beantragt war, da die von der italienischen Regierung angeführten Beweise Ghessis nicht unter den deutsch-italienischen Auslieferungsvorvertrag fallen.

Eine internationale katholische Arbeiterkonferenz. In einer katholischen Arbeiterversammlung in Konstanz wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine mitgeteilt, daß voraussichtlich im nächsten Jahre in Konstanz eine internationale katholische Arbeiterkonferenz abgehalten werde.

Aus dem besetzten Gebiet Neue Zeitungs- und Filmverbote

Nach einer Meldung des „Reichsboten“ ist das Heidelberger „Lageblatt“ in Heidelberg von der Interalliierten Rheinlandkommission auf Verlangen des französischen Oberkommissars auf drei Monate für das besetzte Gebiet verboten worden wegen eines für die Besatzungstruppen beleidigenden Artikels. Nach dem gleichen Blatt ist auch die „Badische Presse“ in Karlsruhe wegen Verboten des besetzten Gebietes auf drei Monate für das besetzte Gebiet verboten worden. — Es handelt sich um den Artikel „Madame Tatarin in der Pfalz“.

Auf Verlangen des französischen Oberkommissars sind nach einer Meldung des „Reichsboten“ die Filme „Die Stagerode“, „Schlachter“ und „Fremdenlegionär Kirsh“ von der Interalliierten Rheinlandkommission für das besetzte Gebiet verboten worden, weil sie geeignet seien, die öffentliche Ordnung zu stören.

Auslandsrundschau

Die Reorganisation des russischen Heeres. Das von Trotski unterzeichnete neue Militärreglement enthält neue Bestimmungen über die Befehung der höheren Kommandostellen in der russischen Armee. Danach können zu Divisionsführern nur Offiziere ernannt werden, die die Kriegsakademie absolviert haben und mindestens vorübergehend in dem großen Generalstab beschäftigt worden sind. Andererseits müssen Offiziere des Generalstabes periodisch an die Front versetzt und im praktischen Frontdienst beschäftigt werden. Zum Stabschef kann künftig nur ein Generalstabsoffizier ernannt werden, der längere Zeit ein Regiment oder mindestens ein Bataillon geführt hat. Die Bedingungen der Befehung verantwortlicher Militärstellen in Sowjetrußland entsprechen demnach ungefähr denen in der alten zaristischen Armee, während im russischen kaiserlichen Heere andere Bedingungen herrschten.

Gegen Clemenceaus Hofgefänge. Die amerikanischen Senatoren Lodge, Borah und andere wollen in einer Interpellation im Senat die Kritik an den Reden Clemenceaus in Amerika üben.

Letzte Meldungen

Blutige Zusammenstöße in Warschau

Warschau, 12. Dez. Die Stadt Warschau ist gestern der Schauplatz blutiger Kämpfe gewesen. Die Eidesleistung des neuen Staatspräsidenten Karutowice sollte am Mittwoch in einer feierlichen Sejmung erfolgen. Aber schon am festlichen Morgen wurde das Sejmgebäude von Tausenden von Nationalisten umringelt, die schließlich die Legitimationen der zum Sejm Einlass begehrenden Abgeordneten kontrollierten. Mehrere loyalistische und jüdische Abgeordnete wurden schon dabei verprügelt. Inzwischen hatte der neue gewählte Staatspräsident seine Fahrt zum Parlament angetreten. Als der Sejmgebäude sich dem Parlamentsgebäude näherte, landete die Straße durch eine Barrikade versperrt, und es dauerte einige Zeit, bis das Hindernis beseitigt wurde. Während dessen wurde der Sejmgebäude mit Schnee und Kot beworfen.

Mit größter Mühe gelang es der Polizei, den Eingang zum Sejmgebäude für den Staatspräsidenten zu erzwingen. Der Staatspräsident legte den Eid auf die Verfassung ab und nahm unmittelbar darauf die Gratulationen des diplomatischen Korps entgegen. Bei der Eidesleistung befand sich auf der rechten Seite des Sejm ein einziger Abgeordneter. Gegen 2 Uhr hatten alle Fabriken die Arbeit eingestellt, da die Arbeiter sich bewaffnen wollten, um die nationalistischen Ansammlungen zu zerstreuen. Es soll zu regelrechten Kämpfen gekommen sein, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Ein Kampf mit Räubern in der Eisenbahn

Bochum, 12. Dez. Gestern wurde der Fabrikant Kramer aus Bochum in dem nach Wartenberg fahrenden Personenzug in einem Abteil zweier Kisten von zwei Räubern überfallen, die ihm mit einem Hammer einen Schlag auf den Kopf versetzten. Kramer warf einen der Räuber aus dem Abteil auf das Gleis, wo ihm der Kopf abgehauen wurde. Der andere Räuber sprang vor der Einfahrt aus dem fahrenden Zug und konnte nicht ergriffen werden.

Dudwigshafen, 12. Dez. Ein Raubüberfall wurde in einer Bäckerei von einem noch nicht ermittelten jungen Mann verübt. Nachdem er ein Brotchen gekauft hatte, schüttete er der allein im Laden anwesenden Frau, als sie ihm Geld herausgeben wollte, ein flüssiges Gift in die Hand. Sie fiel sofort um und raubte aus der Ladentasse etwa 14 000 Mark, mit denen er unerkannt entkam.

Berlin, 12. Dez. Am Montag traten die Ernährungsminister der Länder zu einer Sitzung in Berlin zusammen.

Berlin, 12. Dez. Gegen den Freikorpsführer Oberleutnant Raabach wird nach den Blättern vom Staatsgerichtshof voraussichtlich ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimdienstes und Waffenerbeimlichung eröffnet.

Homburg, 11. Dez. Einen schrecklichen Tod fand der bei der Firma H. Schwan beschäftigte Heizer Hochkreuter von Erbach. Er fiel in ein Bassin mit siedendem Wasser und starb an den erlittenen Verbrennungen.

Daludiebstahl im Autobus. Einem in Berlin auf der Durchreise haltenden, aus dem Osten zureitenden Kaufmann wurde die Brieftasche aus dem Mantel gestohlen. In der Brieftasche befanden sich 50 000 Mark in deutschem Gelde, 200 Dollar in Noten und drei Wechselbücher mit offenen von einer amerikanischen Bank ausgefertigten Schecks. Der Gesamtverlust ist auf 90 000 Dollar, rund drei Viertel Millionen Mark zu beziffern. Der Diebstahl hat sich wahrscheinlich bei der Fahrt mit einem Automobils ereignet.

Die lachende Maske

Roman von Paul Oskar Höcker
Copyright by J. Engelhorn's Nachf.
(Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Einmal gelangte aber auf diesem Weg ein Ausschnitt aus einer Berliner Montagszeitung in ihre Hände, der sie tieflich machte. Uebergeschrieben war der Aufsatz: „Eine lustspielige Oberseite.“ Er beschäftigte sich mit der seitigen Affäre des letzten Sommers. Zum Schluß hieß es: „In Kurorten und Kurgerechnungen hat der Hofkapellmeister A. dem Kammerling B. bis jetzt schon neuntausend Mark zahlen müssen. Nachdem nunmehr die medizinischen Gutachten auch von mehreren deutschen Autoritäten eingeholt worden sind, die übereinstimmend ergeben, daß der Gehörverlust auf den Schlag zurückzuführen ist, den B. im Kröllischen Etablissement von dem jährigen Kapellmeister erhalten hat, und nachdem festgestellt wurde, daß eine Wiederaufnahme der künstlerischen Tätigkeit für den Kammerling B. ein für allemal ausgeschlossen ist, wird demnach das umfangreiche Schadenersatzklage das dortige zuständige Landgericht beschließen. Wir werden unsere Leser über den Fortgang der Angelegenheit unterrichten.“

Dieses Blatt mußte Hella ihrem Manne zeigen. Er war zuerst ganz verstört. Dann schüttelte er aber den Kopf und sagte: „Jemandem Anhänger der Hoppingers hat die Zeitungswelt schwimmen lassen. Die Sache ist doch endgültig beigelegt.“ Und nun setzte er sich hin und schrieb dem Oberstabsarzt einen kurzen, ironischen Dankbrief für die Zusendung der Artikel.

Damit schien die Verbindung abgerissen. Berendrol antwortete nicht, er schied verlezt. Auch Anna ließ nichts von sich hören. Zum erstenmal vergah sie sogar, der Schwester zum Geburtstag zu gratulieren.

Thomas hatte das Musikzimmer für diesen Festtag erziehend geschmückt. Durch Frau Kluge war er in Verbindung mit dem Draegerie-Kommandeur getreten. Der hatte ihm ein paar Palmen und andere Wärmehaupflanzen leihen müssen. Die letzten Herbstblumen schmückten die Wände. Der ganze Raum war dunkelrot.

Auf dem ausgelegten Stuhl stand eine neue Komposition von Thomas, eine Ueberrückel. Es war eine ruhende, innige Weise, schlicht in der Harmonisierung, frei von aller Künstlichkeit. Hella konnte es vom Blatt singen.

Mit Tränen der Freude dankte sie ihm für die Widmung. Und brach an Brust, Wind an Mund mit ihm sagte sie leise: „Ich schenke dir dafür etwas anderes, Thomas. Das soll aber erst im kommenden Sommer sein. Stimmchen erheben.“

Verwirrt, zuerst fast erschrocken sah er ihr ins Auge. Und dann rief er jubelnd: „Rüdel — ist es möglich!“

„Im Rot“, sagte sie. Und das Blut flog ihr in die Wangen. Es war ein Morgen voller Festimmung. Wie ein Abend war's.

Auch von Heinz, der treulich seit jede Woche geschrieben hatte, war gute Nachricht da. Er hatte bei einem Schulhausbau in einer kleinen Kreisstadt Pommerns Verwendung gefunden. Die Unterhaltungsverhältnisse waren dort leidlich, mit der Verpflegung war er zufrieden, der Dienst strengte ihn in diesem Winter weniger an als voriges Jahr. In herzlichsten Worten gratulierte er der Schwägerin und schickte als Angebinde die Wahrzeichen Pommerns: allerlei herbe Delikatessen, in deren Befehung seine Wirtin Weisheitliches leistete.

Für Thomas bildete in diesen Tagen der Fall Hoppingers aber doch eine schwere, wachsende Sorge.

Am endlich klar zu sehen, ging er zu Hoppingers Justizrat. „Sie befinden sich in einem schweren Irrtum, Herr Brandt“, sagte der zu ihm, „wenn Sie annehmen, Ihre Verpflegung sei mit der einmaligen Zahlung von neuntausend Mark abgelöst. Ueber die Höhe des Schadenersatzes wird jetzt erst eine Einigung statfinden müssen.“

„Ich bin doch nicht in der Lage, Herrn Hoppingers aus meiner Tasche Zeit seines Lebens zu erhalten. Seine Karriere als Sänger hatte immerhin ein Ende erreicht. Ueber seinen „Cola Ritzly“ schrieb der „Reichsbote“ im letzten Winter wörtlich: Es war ein Skandal! Und da will man die Welt glauben machen, ich hätte seiner Laufbahn ein Ende gemacht!“

„Das sind Inponderabillen, auf die ich als Hoppingers Rechtsvertreter nicht eingehen kann. Die Pension, auf die mein Mandant nun jetzt ab angewiesen ist, beträgt bloß den zehnten Teil seiner bisherigen Jahreseinnahme.“

„Und das Defizit soll ich decken?“ Thomas Brandt lachte ihn aus. „Das ist ja absurd.“

„We weiß Sie in Anspruch zu nehmen sind, das muß eben das Gericht entscheiden.“

„Gut. Lassen wir's darauf ankommen.“ Am selben Tage schon besprach er seine Angelegenheit mit dem Rechtsanwalt Bernheim, dem herkömmlichen Parteigegner des Justizrates.

„Fehlen werden Sie wohl müssen, Herr Brandt. Sie haben Ihre Schuld eigentlich schon zugestanden, damit, daß sie die erste Forderung so statt bewilligt haben.“

„Leider.“ Thomas Brandt seufzte. Hella hatte es so gut gemeint —!

„Immerhin werden wir versuchen, die übertriebenen Forderungen auf ein einigermaßen ertüchtliches Niveau herunterzuschrauben. Hoppingers war tatsächlich eine Ruine. Es ist lächerlich, wenn die Zeitungen hier ihn jetzt pfeiflich in den Himmel heben wollen. Frau Reichs-Bürger hat nun einmal den großen Anhang hier. Eine

wohlgeordnete Clique. Sie war früher, bevor sie Hoppingers geheiratet hat, die Freundin des Prinzen Waldemar. In jener Zeit war sie geradezu allmächtig, da bedeutete selbst unser guter Intendant nichts neben ihr.“

Mit solchen Nachrichten kehrte Thomas heim. Und da kam ihm schon in dem dunklen Fluß Hella ganz verflört entgegen. Aus Hannover war ein Brief da. Ihr Schwager Robert Berendrol lag todkrank darnieber. Eine verschleppte Blinddarmentzündung, die er wohl selbst nicht rechtzeitig erkannt hatte, war so weit fortgeschritten, daß schon Bereiterung befürchtet wurde. Anna schrieb tröstlos heute sollte die Operation statfinden. Sie ging auf Leben und Tod.

In der Nacht traf dann das Telegramm ein: der Oberstabsarzt war abends gestorben, trotzdem der Ausfall der Operation noch das Beste hatte erhoffen lassen.

Sie fuhren also in aller Frühe nach Hannover, um der jungen Witwe, die mit ihren fünf lebhaften, ohnungslosen Kindern hilflos dazustehen.

In den mit allerlei trübseligen Geschäften ausgefüllten Tagen lernte Thomas Brandt nun auch Frau Erni von Katweil kennen. Sie kam, um der Cousine ihr herzlichstes Beileid auszusprechen. Tante Bill konnte ihr Landhaus nicht verlassen, sie war seit dem Frühherbst wieder an den Vollstuhl gefesselt.

„Natürlich kommen wir heute nachmittag zu Tante hinaus“, sagte Hella. „Ich muß sie doch mit meinem Mann bekannt machen.“

Frau von Katweil hatte immer ein verbindliches Lächeln, war überhaupt eine charmante Person, tippopp angezogen, von tadelloser Haltung und großer gefühlvoller Gewandtheit. Es war begreiflich, daß die alte Ezzelien ihre Gesellschaft liebte. Jemandem wollte sogar in Erfahrung gebracht haben: Tante Bill habe die Waise, die junge Frau zu adoptieren. Gegen den Kapellmeister den ihm sich Frau Erni durchaus korrekt, mit jener kühlen, unpersonlichen Uebenswürdigkeit, die eine keine unsichtbare Grenze zieht.

Als sie aufbrach, begleiteten die beiden Cousinen sie bis zur Treppe. Um eine Ruane blässer kehrte Hella dann zu ihrem Manne zurück.

Er stuchte über ihr Aussehen. „Hil sie dir draußen noch eine Ueberrückelung gemacht?“

„Tante Bill hat natürlich den Zeitungsartikel neulich — du weißt — auch zu lesen kriegt. Und da meint nun Erni... Ueber das ist das Abscheuliche: man traut ihr doch nicht! Anna sagt, es sei alles, alles Berechnung bei ihr.“

Thomas lächelte Er verstand. „Also mache deinen Ueberrückelung zunächst allein da draußen. Und nur wenn Ezzelien befehlen sollte, mich in Freiheit dekretiert vorgeführt zu sehen, dann tanze ich gehoramt an.“

(Fortsetzung folgt.)

Städtische Nachrichten

Die städtische Zwangsanleihe

Der verfloßene Stadtrat hat sich mit dem Beschluß, einen Betriebsvorschuß für die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in Höhe des Novemberverbrauchs zu erheben, einen sehr unvorteilhaften Weg eingeschlagen. Ganz Mannheim schimpft seit Bekanntwerden dieses für die städtische Finanzlage symptomatischen Beschlusses. Und mit vollem Recht. Man bedenke: Der Novemberverbrauch war selbst beim kleinsten Abnehmer im Vergleich zu anderen Monaten sehr hoch. Es würde also selbst dann, wenn der andere Monatsverbrauch recht schwer fallen, den Betrag auf einmal zu bezahlen. Aber nun steht Wehmannen vor der Tür. Man muß sich doch so weit überhaupt noch möglich, seinen Lieben ein wenig wehmannen lassen. Der Gehalts- und Lohnempfänger hat den einen Freude nach. Der Gehalts- und Lohnempfänger hat den einen Freude nach. Der Gehalts- und Lohnempfänger hat den einen Freude nach.

Wir haben die Novemberrechnung gesehen, die dem Inhaber eines kleinen oder mittleren Unternehmens, das allerdings infolge seiner Art einen verhältnismäßig großen Stromverbrauch hat, dieser Tage zugeht. Etwa 150.000 M. sollen auf einmal entrichtet werden. Eine glatte Unmöglichkeit, weil der Inhaber nicht über unbeschränkte Betriebsmittel verfügt, vielmehr die Beträge, die er für sein Unternehmen braucht, erst bereinigen muß. Man weiß doch zur Genüge, daß heute jeder Arbeitgeber unter der Geldknappheit leidet. Wie gesagt, das Darlehen, das unter der Geldknappheit leidet. Wie gesagt, das Darlehen, das unter der Geldknappheit leidet.

Die Karlsruher Stadterwaltung geht beim Einzug des Betriebsvorschlusses sehr rigorelos vor. Mehr Entgegenkommen zeigt sie anderwärts dadurch, daß sie das Darlehen verzinst. Die Mannheimer Stadterwaltung will auch noch um die Verzinsung herumkommen. Hat man sich diesen ungläublichen Beschluß denn auch nicht ab Überlegt? Wie kommt ein Privatunternehmen, das der Stadterwaltung diese Darlehen vorstrecken soll, dazu, diese Summe auch noch unverzinst herzugeben? Wir meinen, das braucht sich kein Gas- und Stromabnehmer gefallen zu lassen. Aber hier sieht man wieder, zu welchen Forderungen die Monopolstellung eines kommunizierten Betriebes führen kann. Die Stadterwaltung wird wohl nicht umhin können, den Stadtratsbeschluß nach dieser Richtung einer Änderung zu unterziehen, wenn sie sich nicht einen Kontenkönig von Prozessen über das ihr von der Stadterwaltung zu bezahlende „Betriebsvorschuß“ herauf, wird durch folgende Zuschrift illustriert, die uns aus dem Verleumdungsbuch:

„Mit höchstem Erstaunen las ich in Nr. 509 Ihres geliebten Blattes den Stadtratsbeschluß, wonach von Seiten des Gas- und Elektrizitätswerkes der Betrag der Novemberrechnungen als einmalige Vorauszahlung zu entrichten sei. Ich will zunächst einmal die rechtliche Seite der Sache beleuchten lassen und nun die Frage aufwerfen: Hat der verleiher Stadtrat, was er mit diesem Beschluß einem großen Teil der Gas- und Stromabnehmer zumutet? Ich denke dabei zunächst an alle Rentner, die bei den hohen Bezugspreisen ohnehin schon die Kosten ihrer Rechnungen kaum aufbringen können. Aber auch einem großen Teil aller Beschäftigten dürfte diese Forderung sehr schwer fallen, wenn nicht ganz unmöglich sein, dazu im Weihnachtserwerb, in dem gewöhnlich alle Mittel mehr oder weniger aufgebraucht sind, ein weiteres Einkommen zu erzielen. Wie nun, wenn infolge dieser Zumutung städtische und sonstige Angehörige ebenfalls die Forderung auf Vorauszahlung ihrer Gehälter und Löhne stellen? Die Stadt hat's in der Hand, wie man es machen muß! Oder glaubt man, daß die Finanzlage der Stadt weitaus anders sei, wie die der Stadt? Und daß nicht glückliche Rechte für alle?“

Nach der 2. Seite des Blattes: Dieser Beschluß übrigens ebenfalls eine Unmöglichkeit. Wie soll denn, wenn man die schlechte Lage der städtischen Werke absolut nicht erkennt, sich nun die Verleiher weigern, die Vorauszahlung zu leisten, sei es, weil sie nicht können, sei es, weil sie nicht wollen, was geschieht denn dann? Wird die Direktion des Gas- und Elektrizitätswerkes gar nach dem Versuch machen wollen, die Gas- und Stromzufuhr abzuschließen? Dann wäre die Rechtslage die: Demand weigert sich, ein Darlehen zu geben — denn um ein solches Darlehen es sich doch, wenn ich recht verstanden, nicht um eine Verbindung mit der Dezemberrechnung — Daraufhin wird von dem den Verleihen Bestehen zu Gewalt gefahren und auf diese Weise versucht, keine Forderung zu erzwingen. Nach normalen Begriffen könnte kein Gericht in deutschen Ländern sich finden, das ein derartiges Vorgehen zu rechtfertigen in der Lage wäre. Auch vom kaufmännischen Standpunkt aus ist die Forderung — wohlgemeint nicht Bitte, die in freies Ermessen gestellt ist — auf ein solches Darlehen ein Verleihen.

Man kann gespannt sein, wie sich die Verleiher zu diesem Verleihen verhalten werden. Ich für meinen Teil nehme jedenfalls aus prinzipiellen Gründen einen Standpunkt ein, der aus dem Befolgen klar hervorgeht und werde dementsprechend handeln.“

Wir glauben auch, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen ist. Die Stadterwaltung befindet sich in der Lage eines Geschäftsmannes, der ein größeres Darlehen zur Aufrechterhaltung seines Betriebes braucht. Das wird von Seiten des Darlehensnehmers zu berücksichtigen sein.

Extraneer-Prüfungen an den höheren Schulen 1923

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den höheren Schulen im Jahre 1923 werden — gleichzeitig mit den ordentlichen Prüfungen der Volksschulen und den Schlussprüfungen der hiesigen Realanstalten — gegen Ende des Schuljahres (vor Ostern) abgehalten werden. Besuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit dem erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember d. Js. beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist einkommende oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzte Gesuche werden nicht berücksichtigt. Zu den Schlussprüfungen für Schulfremde werden nur solche Prüflinge zugelassen werden, die durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder deren gesetzlichen Stellvertreter auf Baden angewiesen sind. Die Zeugnisse über den Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben enthalten über den Umfang der Lektüre. Bei den naturwissenschaftlichen Fächern müssen die Befreiungen erkennen lassen, daß der Vorbereitungsunterricht in diesen Fächern ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer muß die Vorbereitungszeit angegeben werden, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung benützt wurden. Die Leiter und Lehrer der höheren Schulen erteilen bei etwaigen Anfragen über diese Prüfungen die erforderliche Auskunft.

Razzia in einer Weindiele

Zu dem im gestrigen Abendblatt gedruckten Bericht über eine Razzia in einer hiesigen Weindiele geht uns aus sachmännlichen Kreisen folgende Mitteilung zu:

Tiefe Beschämung, Zorn und Unwillen erfaßt den gelehrten Fachmann aus dem Hotel, Bier- und Kaffeehausbesitzer beim Lesen der Notiz über eine Razzia in einer Weindiele im gestrigen Abendblatt des General-Anzeigers. Sind solche Razzien nicht gerade angedeutet, das an und für sich schon diskreditierte Hotel- und Bier- und Kaffeehausgewerbe in ein besseres Licht zu stellen, so ist die diskrete Form des Berichtes, so gut dieser auch gemeint ist, ungewollt schwer schädigend für das angeführte Gewerbe. Ich bin gewiß, daß jeder ehrliche, reelle Fachmann im Gastwirtschaftsgewerbe mit mir die Frage stellt: Warum bringt der Herr Berichterstatter diese Razzia so zurückhaltend und nennt nicht auch den Namen dieser Weindiele. Erstens würde die Gastwirtschaftsvereinsleitung diesen Kollegen, der sicherlich schuld ist, daß es zu einer Razzia in seinem Lokale kam, aus dem Verein herauskomplementieren und zweitens müßte das anständige Publikum wissen, was ihm beim Besuche dieses Lokales bevorsteht kann. Was eine anständige und nicht anständige Weindiele ist, soll hier nicht besprochen werden. Tatsache ist, daß erst in unserer Zeit diese Diefen als Anhängel am Gastwirtschaftsgewerbe aufstehen und aufsteigend von unten eröffnet werden, die sich sagen: „Wer nichts wird — wird Welt!“ und am besten „Diele wird“, da hier zu keine Barkeinnahmen gehören. Solchen „Faschisten“ sollte man beim Ansehen der Wirtschaftszonierung nach „Name, Beruf und weilen Art“ befragen! Ist die Konzeption erst erteilt und der „Diele“ „Schwamm“ hubelt dem Prinzip: „10 Jahre, 8 Anmerkungen, 4 Böhnenbäume in Reifer“, so wird die Behörde um 8 Uhr, höchstens aber um 10 Uhr kurzschluß, also Freitagabend machen. Die hiesigen Diefen würden dann bald verschwinden.

Zum Streit in der Anilinfabrik

Die zwischen den Belegschaften der befreiten Betriebe und den Gewerkschaften seit 3 Tagen geführten Verhandlungen zur Beilegung des Streites sollen heute fortgesetzt werden. Nach einem Bericht des kommunizierten Organs für Baden und die Pfalz, die „Arbeiterzeitung“, hat heute vormittag der Vertreter der französischen Gewerkschaft (Karte Gewerkschaft, Internationaler) an die wilde Streikleitung 2 Millionen Mark in gleich 3500 Franken für Streikunterstützungen im Auftrag seiner Gewerkschaft abgeliefert. Der französische Vertreter soll mitgeteilt haben, daß die französischen Gewerkschaften auf dem Standpunkt ständen, daß jeder Streik berechtigt sei.

Berühmte badische Siedelungen. Eine Reihe kleinerer Siedelungen in Baden ist, wie das Statistische Landesamt feststellt, innerhalb der letzten 100 Jahre völlig verschwunden. Abgegangen sind vor allem eine fastliche Zahl von Höfen im südbahischen Schwarzwald und im Kinziggebiet. Im Badland z. B. ist der Tollenhof (am Adelsheim) verschwunden, der im Jahre 1819 137 Einwohner hatte. Das Dorf Kinkel (am Rosbach), das im Jahre

1819 331 Einwohner hatte, besteht nur noch als Gutshof weiter in ähnliches gilt von dem Weiler Gräffingen (am Borberg). (Zwei- und drei- aber von der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Siedelungen, das sie in den 100 Jahren von 1819 bis 1919 angewachsen sind. Die Zunahme bei den landwirtschaftlichen Gemeinden ist bis zum Jahre 1871 größer als nach diesem Jahre. Mit der Entwicklung Badens zum Industriegebiet nehmen von dann ab in erster Linie die Industrieortsgemeinden zu.

Verlust bei ausländischen Stellenangeboten. In der letzten Zeit kommen öfter Angebote von Stellen im Ausland an die Öffentlichkeit, bei denen namentlich die Gewinnung von reichlichen Spezialarbeiten verlockend ist. In manchen Fällen lassen diese Angebote den ausländischen Ursprung kaum erkennen; besteht die Angabe von Mittelmannern im belegten Gebiet. Da es sich hier manchmal um wenig einwandfreie Existenzen und Geschäfte handelt und bei der Arbeitslosigkeit, die im Ausland herrscht, schon die Erlangung der Einreise-Erlaubnis, noch mehr aber die Aussicht auf dauernde Beschäftigung im fremden Land für deutsche Arbeitskräfte sehr unklar ist, so ist gegenüber allen derartigen Angeboten Zurückhaltung und Vorsicht dringend zu empfehlen.

Jahresdiebstahls-Chronik vom 28. November bis 8. Dez. Entwendet wurde am 28. November im Schloß linker Flügel ein Herrenfahrrad, Marke Sturm; am 29. November aus dem Haus Nr. A 2, 3 ein Herrenfahrrad, Marke Seidel-Baumann; am 29. Nov. im Hof des Hauses E. 5, 8 ein Herrenfahrrad, Marke „Bänderer“; am 30. November aus dem Bauraum der Scheideabteilung der Stadt, Sportplatz ein Herrenfahrrad, Marke „Goggenau“; am 1. Dezember aus dem Flur des Lebensmittelamts C 2, 16 ein Herrenfahrrad, Marke „National“; in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember in Räfertal, Wormserstraße 17, aus einem Keller ein Herrenfahrrad, Marke „Allright“; am 4. Dezember aus dem Hause C 7, 6 ein älteres Herrenfahrrad; am 5. Dezember vormittags aus dem Hauseingang B 6, in ein Herrenfahrrad, Marke „Heb“; am 5. Dezember aus dem Hofe des Hauses Birnbachstraße in Sandhofen ein Herrenfahrrad, Marke „Fresio“; am 8. Dezember aus dem Treppenaufgang der Stadtkasse im Kaufhaus ein Herrenfahrrad, Marke „Gilde“; am 8. Dezember im Hause Simmstraße 2 aus einer verschlossenen Manfalte, die mittels Dietrich geöffnet wurde, ein Damenfahrrad, Marke „Batria“.

„Kauft die Zeit aus!“ Die Tage sind kurz geworden; man muß die wenigen Stunden natürlichen Tageslichtes ausnützen; und zehntausendmal ist der Abend da. — Ist's nicht mit unserm Leben so? Wer weiß, wie nahe wir dem Ende? Unter Leben fährt schnell dahin; man weiß gar nicht, wo die Zeit geblieben ist. Das ist die tägliche Erfahrung, die wir alle machen. Bleibt nicht in ihr auch die Wahnung, die Zeit auszunützen, solange sie da ist? Wir haben in diesem kurzen Leben keine Zeit, es zu verträumen. Das sicherste Halten der Minuten und Sekunden zum Abend ist eine Antwort auf diese Wahnung — aber die rechte ist sie nicht. Denn der hat den Sinn seines Lebens noch nicht erfaßt, der da meint, es sei nur dazu da, daß wir in ihm Arbeit leisten oder Güter sammeln oder Glück genießen oder uns einen Namen machen. Das Ziel liegt höher. Es liegt in einem reichen Innensein, das glücklich und froh macht.

Aus dem Lande

Wienheim, 11. Dez. In Birkenau hatte ein junges Ehepaar den gesamten Hausrat veräußert, um nach Italien auszuwandern. Unterwegs ging den jungen Leuten aber schon das Geld aus und das Ehepaar trat wieder die Rückreise an. Arm und mittellos sind sie nun wieder in Birkenau angekommen.

Durlach, 11. Dez. Es hat sich herausgestellt, daß das seit ungefähr 14 Tagen vermißte Dienstmädchen Rosa Dietrich von Sellungen, deren Verschwinden mit einem Verbrechen in Zusammenhang gebracht wurde, mit der Toten identisch ist, die bei Mühlacker auf dem Bahngleise aufgefunden worden war. Ob tatsächlich ein Verbrechen vorliegt, ist noch unauferklärt.

Leinach, 11. Dez. Die Staatsanwaltschaft Leinach ist wieder einem groß angelegten Schmeißel auf die Spur gekommen. Die Täter sind der ledige Bergmann Joseph Soos aus Gutach, der Zimmermann Hermann Dürremer, wie dessen Frau und der Kaufmann Alfred Koppel, sämtliche in Leinach. Diese Schmeißelgesellschaft hat sich nicht nur mit Kleinigkeiten abgegeben, sondern sich mit der Beschaffung von fünf hochwertigen elektrischen Heizapparaten, eines eleganten Ledertoppers mit Reiseeinrichtung für vier Personen, Daunens, Stepp- und Dinanddecken, sowie verschiedener anderer Gegenstände bedient. Der Gesamtwert der ausgeführten Waren beläuft sich auf mehrere Millionen. Durch die unflüchtige Arbeit eines Beamten der hiesigen Kriminalabteilung ist es gelungen, drei der Apparate, sowie den Koffer, die Decken und noch einige andere Gegenstände im Gesamtwert von etwa drei Millionen sicher zu stellen. Ein Teil der Täter ist bereits in Haft. Die Haupttäterin wohnt in der Schweiz.

Kopf kühl und Füße warm,

das erhält gesund. Warme Füße kann man auch im Winter stets haben, wenn man jeden Abend ein Kukurul-Fußbad nimmt. Dieses hält die Füße warm und trocken, kräftigt sie und verhindert Erkältungen und Wundausbrüche. Eine Packung Kukurul-Fußbad, ausreichend für zwei Bäder, kostet nur 150 Papiermark. Verkaufsstellen: Drogieren Th. v. Siedel, Kunkelstr. 19, E. Huppertz, Schwetzingenstr. 26

Ein Tizian gefunden Bei einer kürzlich veranstalteten Auktion privater Bilder im Budapestern Ernst-Rufmann wurde ein altes Gemälde von Tizian entdeckt, das in verschiedenen alten Katalogen erwähnt wird, und das man schon immer in Ungarn vermutete. Das Bild ist nach London verkauft worden.

Literatur

Heinrich Anger, der typische Vertreter des Mannheimer Dialekts und Humors in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, lebt in den von ihm geschaffenen Mannheimer Gestalten „Schädelbass“ und „Korner“ auch heute noch, fünfzehn Jahre nach seinem Tode, fort. Demals, vor fünfzehn Jahren, erschien anlässlich des 30jährigen Mannheimer Stadtjubiläums Ungers Büchlein „s gibt nore ren Mannem“, in dem der Verfasser keine beiden Typen humorvoll und treffend über Zeit und Umgebung anfüßeln ließ. Die volle Betrachtungen über Zeit und Umgebung anfüßeln ließ. Die volle Betrachtungen über Zeit und Umgebung anfüßeln ließ. Die volle Betrachtungen über Zeit und Umgebung anfüßeln ließ.

Der Spiegel. Das Jahrbuch des Broppia-Berlags trägt seinen Namen zu Recht; es ist ein Spiegel, der das Wirken und Wollen dieses Verlages rein und klar wiederzugeben will. Man weiß, daß sich der Broppia-Berlag mit besonderer Vorliebe dem Schönen widmet, speziell des illustrierten Buches angenommen hat, und so ist auch dieses Jahrbuch mit reichem Bilderschmuck herausgegeben. Das Jahrbuch hat dabei an beste Tradition anknüpft, lehrt vor allem die Friedländerer kenntnisreicher Aufsätze über die Buchausstattung, der von den sogenannten Modischen des 19. Jahrhunderts bis hin zur Gegenwart führt. Welche Rolle das Buch bei dem Wohlstand verdankt, das bringen und Karl Hoyer und Hermann Hoyer von neuem eindringlich zum Bewußtsein. Fern dem wichtigen Geist dieser Zeit, voll heiterer Ironie, spielerisch-kegelnd ist die Epoche des Bafoto, die „galante Zeit“, die Albert Rechner mit ein paar Strichen sehr zu zeichnen vermag. Die Freude von der Kunst zur Literatur schließt Julius Elias, der manche Maler aufführt, die auch als Schriftsteller hervorgetreten sind. Reinebstimmte Proben dieses gemischten Schaffens steuert Emil Crill mit seinen ägyptischen Einwürfen bei. Auch in der Literatur wie in der Kunst ehet der Broppia-Berlag mit immer frischem Mut das Altertum und jedes neue Gut.

Theater und Musik

Der Fall Anna Karoloff liegt den Erkundigungen zufolge, die wir an maßgebender Stelle eingeholt haben, so, daß diesmal nicht die Jurisprudenz der Stadt, längere Verträge mit den darstellenden Mitgliedern des Nationaltheaters abzuschließen, daran schuld ist, daß wir eine Dyrantat verüben, die nicht so leicht zu beheben sein wird. Es sind vielmehr Gründe persönlicher Art, die diesen Fall bestimmen. In Beispiel ein neues Engagement einzugehen. Immerhin, der Fall scheint uns von grundsätzlicher Bedeutung zu sein, und die Frage des Fortbestandes unseres Theaters, die uns ein wichtiger Punkt ist, in den Vordergrund gestellt wird, muß in der Kürzlichkeit, vor allem in neu eintretenden Mitgliedern, ein Gefühl der Unsicherheit hervorzurufen, so daß es dann nur eines klaren Willens bedarf, um diese Kräfte wieder nach sichereren Ankerpunkten hinziehen zu lassen. Folgt die Stadt aus dem Willen Anna Karoloffs immerhin eine Lehre ziehen. Von der Intendanz gleiten wir überzeugt sein zu dürfen, daß es alles daran setze, ein geschlossenes, eingetragenes und eingetragenes Ensemble zu erhalten, ohne das an eine Zukunft unseres Theaters überhaupt nicht zu denken ist. Es darf nicht an Verständnis für die geistigen und seelischen Antriebskräfte fehlen, deren der Künstler bedarf, um zu seinem Recht zu kommen und mit der Güte seines Wirkens zu überzeugen. Ein wiederholtes Ding ist auch Kunst ohne Freude. Mit Verständnis dafür, haben wir auch einen Fall Boilla. Man hat den Künstler, einen der Grundpfeiler unseres Bühnenbaus, schwer geprüft, als man ihm den erbetenen Urlaub nach Spanien nicht bewilligte. Hugo Boilla war eingeladen worden — auch eine Ehre bewilligte. Hugo Boilla war eingeladen worden — auch eine Ehre bewilligte. Hugo Boilla war eingeladen worden — auch eine Ehre bewilligte.

Winter zu jaden, schon die Konventionallstraße von einer halben Million Mark in notwendigem Krosen. — Eine Anzahl der ersten Mitglieder des Berliner Staatsoperkonzerts erludt um einen Urlaub für Amerika, was abgelehnt werden muß. Darauf kündigen alle Amerikaner ihre Berliner Stellung.

Der Heidelberger Bachverein hat für sein erstes Winterkonzert die ersten drei Konzerte aus dem „Weihnachtsoratorium“ gewählt. Unter Dr. Hermann Poppens Leitung sang der zahlenmäßig schwächer gewordene Chor im Allgemeinen sehr lauter, aber ohne viel dramatische Sättigung. Die wunderbaren Choräle, die zu Wolken Höhen immer zu den Klangleistungen des Bachvereins gehören, klangen vor allem unter der mangelhaften Intonation. Den Fremdenklingen fehlt der letzte Glanz, mit größerem Verständnis singen Tenor und Bass. Unter den Solisten ragte Paul Tübena-Dübbig als intelligent vorragender Evangelist hervor, fernerlich ist die Sopranistin Else Kempe-Heidelberger an erster Stelle zu nennen. Fr. Rofy-Hahn-Frankfurt gestrichelte die Altpartie, besonders die Ariens sehr ansprechend. Den richtigen Oratorienstil beibringt der Bassist, Dr. Hans Joachim Moser-Halle, obwohl seiner Stimme der richtige Glanz fehlt. Auch im Orchester gab es keine Unstimmigkeiten, die wahrnehmbar auf mangelnde Verständigung mit dem Dirigenten zurückzuführen sein dürften. Die Registrierungsleistungen der Stadthallenorgel wurden durch stud. mus. Fritz Lehmann nicht in der nötigen Weise ausgenutzt, er gab sich aber besonders Mühe, die Recitatives präzis zu begleiten. Man hatte verhofft, durch brennende Weihnachtsbäume und Schneeflocken die Stimmung zu erhöhen. Bei vielen unter den überaus zahlreichen Zuhörern wird dies jedoch nicht gelingen sein.

Kunst und Wissenschaft

Hobe Preise für Bilder. Bei der Versteigerung von 150 Bildern moderner Meister aus dem Nachlaß von Eugen Bracht wurden in der Versteigerung bei Rud. Bangei in Frankfurt 100 Millionen Mark erzielt. Den höchsten Preis erbrachten Der Liebermanns Spinnerinnen (1850) mit 10 Millionen M. B. Liebermanns Rosenheide wurde für 7,2 Millionen, dessen Klostergang in Secon (1892) für 5,8 Millionen M. zugelassen. Hans Thoma, Meerzinnen (1875) für 4,8 Millionen, v. Jügel, Schafherde (1899) für 4,6 Millionen Mark, Ad. Schreyer, zwei Wollschafherde (1899) für 4,6 Millionen Mark, Ad. Schreyer, zwei Wollschafherde (1899) für 4,6 Millionen Mark, Ad. Schreyer, zwei Wollschafherde (1899) für 4,6 Millionen Mark.

Kapitalerhöhung der Dresdner Bank um 550 Mill. auf 1100 Millionen Mark. Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank beschloß, die Verdoppelung des zur Zeit 550 Mill. Mk. betragenden Aktienkapitals in 10 Stammaktien vorzuschlagen.

A.-G. für Zigarrenfabrikation, Mannheim. Die Mitte d. J. mit 3 Mill. Mk. Kapital gegründete Gesellschaft beantragt Erhöhung bis zu 10 Mill. Mk. durch bis 6,7 Mill. Mk. Stammaktien und 300.000 Mk. mehrstimmige Vorzugsaktien.

Gebüder Großmann A.-G., Brombach i. B. Nach dem Geschäftsbericht war die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft andauernd sehr lebhaft, so daß sie nicht allen Ansprüchen voll genügen konnten.

Noris, Versicherungs-A.-G., Nürnberg. Die G.-V. genehmigte die 10 Proz. Dividende und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals auf 4 Mill. auf 30 Mill. Mk.

Lingnerwerke A.-G. in Dresden. Die G.-V. beschloß eine Kapitalerhöhung um 24 auf 36 Mill. Mk., wobei 18 Mill. Mark neue Aktien zu 115 Prozent einem Konsortium überlassen werden.

Gerb- und Farbstoffwerke Renner A.-G. in Hamburg. Die G.-V. genehmigte den Antrag der Verwaltung auf Beschränkung des zehnfachen Stimmrechts der Vorzugsaktien auf die Fälle: Wahlen zum Aufsichtsrat, Auflösung der Gesellschaft und Aenderung der Satzungen.

Zusatzentscheidungen an die deutschen Redereien. Die Schiffsbaurehandbank beantragt aufgrund der clausula rebus sic stantibus eine Erhöhung der Abfindungssumme um 24 Milliarden A und Auszahlung unter Zugrundelegung eines Lohnindex.

Raten in Höhe von je 3 Milliarden am 25. September und 15. Oktober, 4 Milliarden am 15. November, weitere 3 Milliarden am 15. Dezember 1922, zwei Raten von je 2 Milliarden am 15. Januar und 15. Februar und eine letzte Rate von 1 Milliarde am 15. März 1923 auszahlbar sind.

Amerikanischer Zolltarif. Die Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim teilt mit: Die Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim ist seit einigen Tagen im Besitz des vollständigen amerikanischen Zolltarifs, der zur Einsichtnahme offen liegt.

Börsen- und Frankfurter Wertpapierbörse. Frankfurt, 12. Dez. (Draht.) Der Abbruch der Londoner Konferenz, welche in der Hauptsache scheiterte, wurde an der Börse in günstigem Sinne aufgefaßt.

Berliner Wertpapierbörse. Berlin, 12. Dez. (Draht.) Am Devisenmarkt bewirkte die Vertagung der Entscheidung auf der Londoner Konferenz im Frühverkehr ein Anziehen der Preise.

Devisenmarkt. Mannheim, 12. Dez. Mitteilung der Mitteldeutschen Creditbank hier: New York 8350 (8450), Holland 3325 (3375), London 38300 38800, Schweiz 1575 1595, Paris 590 (595), Italien 420 (424).

Frankfurter Devisen. Frankfurt, 12. Dez. Bei sehr stillem Geschäft zeigte der Devisenmarkt im Frühverkehr befestigte Preise.

Table with exchange rates for various countries: Amsterdam, London, Paris, Berlin, etc.

Table titled 'Frankfurter Notendruck 12. Dez.' showing bank notes and exchange rates for various currencies.

Table titled 'Umrechnungskurse' showing conversion rates for various currencies like Gold, Dollar, etc.

Table titled 'Kurse der Federal Reserve Bank, New York' showing market rates for various commodities and currencies.

Waren und Märkte. Berlin, 12. Dez. (Draht.) Im Produktverkehr blieb die Grundstimmung bei wenig veränderten Preisen fest.

Schiffahrt. Dampferbewegungen des Norddeutschen Lloyd Bremen. Bremen-New York: D. 'George Washington' am 8. 12. in Bremerhaven.

Verkauf, Erwerb und Verleug: Dr. Hans Mannheim, General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. 6. 2.

Amthliche Bekanntmachungen Handelsregister.

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 45 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Zum Handelsregister B Band XXIII C.-S. 46 wurde heute die Firma 'Leibniz' Ziel- u. Vorschussaktiengeellschaft, Hauptniederlassung Mannheim...

Advertisement for Frau Elise Vayhinger, geb. Hoob, featuring her portrait and details of her business and family.

Advertisement for Verein der Altwarenhandler e.V., Bezirk Mannheim und Umgebung, including an invitation to a general assembly.

Advertisement for Weinhaus Fledermaus, C 3, 4, featuring wine and other products.

Advertisement for Baumlichter, featuring various lighting products and services.

Advertisement for Seifenfabrik F. J. Kaiser, featuring soap and other household goods.

